

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: BAG Digitales und Medien  
Beschlussdatum: 05.01.2025

## **Änderungsantrag zu WP-01-K3**

### **Von Zeile 297 bis 300:**

Wir stehen für einen effektiven und zugleich praktikablen Datenschutz. Ausufernde Bürokratie werden wir abbauen. ~~Wir setzen auf bürgerrechtsschonende Instrumente wie das sogenannte Quick-Freeze zur Verfolgung von Straftaten. Anlasslose Vorratsdatenspeicherung und Chatkontrolle lehnen wir ab.~~ Wir setzen auf zielgerichtete Strafverfolgung, gerade im digitalen Raum wollen wir diese mit effektiven und bürgerrechtsschonenden Instrumenten wie dem sog. Quick-Freeze-Verfahren konsequent ausbauen. Instrumente der anlasslosen Massenüberwachung, wie Vorratsdatenspeicherungen oder Chatkontrolle, lehnen wir ab.

## **Begründung**

Die alleinige Nutzung der Formulierung „Wir setzen auf bürgerrechtsschonende Instrumente“ bleibt zu vage und lässt zu viel Spielraum für Interpretationen, wodurch die klare Positionierung gegen anlasslose Massenüberwachung verwässert wird. Anlasslose Vorratsdatenspeicherung und Chatkontrolle greifen tief in die Grundrechte ein und gefährden das Vertrauen der Bürger in die Demokratie. Eine Bürgerrechtspartei muss sich unmissverständlich gegen solche Maßnahmen aussprechen, um ihre Glaubwürdigkeit als Verteidigerin der Grundrechte zu wahren. Daher ist es wichtig sich klarer, wie in einer Vor Version des Textes noch enthalten, gegen die Nutzung der Instrumente anlassloser Massenüberwachung zu positionieren. Unser breit abgestimmter Vorschlag würde das reparieren. Er schafft Klarheit und kann das Vertrauen der Wähler in unsere Grundwerte stärken, das im Zusammenhang mit dem Sicherheitspaket schon leicht ins Wanken geraten war.